

Kyburgstrasse 27 Tel. +41 (0)44 273 44 00

CH - 8037 Zürich Fax +41(0)44 273 44 01 www.gsteimer.ch E-Mail: info@gsteimer.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

NEGATIVZINSEN IN DIE AHV!

So enteignet die Europäische Zentralbank Schweizer Sparer und künftige Rentner!

JETZT WÄHLEN! Wahlanleitung beiliegend

AZA CH-8600 Dübendorf

P.P. / Journal

Was hat die EZB mit dem Schweizer Sozialsystem zu tun? Sehr viel. Die EZB druckt in unlimitierter Menge Euros, um die Staatsschulden der EURO-Länder zu decken. Die Verzinsung beträgt 0 Prozent, ist also gratis. Wenn Banken Einlagen bei der EZB machen, müssen sie einen Negativzins von minus 0,4% bezahlen.



Alfred Heer Nationalrat SVP

Diese unverantwortliche Politik des ewigen Schuldenmachens führt dazu, dass die Menge an Euros enorm ausgeweitet wird und der Schweizer Franken dadurch an Wert steigt. Dies führt zu Problemen für die Schweizer Exportwirtschaft, weshalb sich die Schweizerische Nationalbank ihrerseits entschieden hat, Franken zu drucken, um die eigene Währung zu schwächen. Dazu kommt ein Negativzins von minus 0,75 Prozent. Dies bedeutet, dass Pensionskassen ihr Anlagevermögen von **EZB-Finanzpolitik darf die Schweiz** rund 800 Milliarden kaum mehr ertragsbringend anlegen können. Investitionen in Aktien oder Immobilien führen unweigerlich zu einer Spekulationsblase und damit zum Risiko, hohe Milliardenbeträge zu verlieren.

Risiko SNB?

Da die SNB unabhängig ist, darf man ihr nicht in die Geldpolitik dreinreden, sogar dann nicht, wenn sie heute die grösste Gläubigerin des EURO-Raumes ist. 39 Prozent der Anlagen sind in EURO. Ein Land mit 8,5 Mio. Einwohnern ist grösster Gläubiger der Europäischen Union? Man stelle sich das undenkbare Szenario vor, dass die EZB beschliesst, einen Schuldenschnitt zu machen. Was dann?

Wie können wir trotz Negativzinsen etwas gegen die Enteignung der Sparer tun?

Die Situation präsentiert sich heute so, dass die SNB ca. 2 Milliarden Franken

an Negativzinsen eingenommen hat. Bis Ende 2019 werden es ca. 8 Milliarden sein. Dieses Geld ist in die AHV umzuleiten. Da auf lange Sicht kein Ende der Negativzinsen zu erkennen ist, infolge der Schwäche der Euroländer, muss man damit rechnen, dass wir sicherlich nochmals für 3 oder 5 Jahre Negativzinsen haben werden. Dies bedeutet, dass weitere 6 bis 10 Milliarden in die AHV geleitet werden könnten. Mit der Stärkung der AHV wäre die Enteignung etwas gebremst. Zudem könnten die unerfreulichen Massnahmen der MWSt-Erhöhung und der Erhöhung der Lohnnebenkosten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeschoben werden, was die Wirtschaft und alle Personen in der Schweiz entlastet.

nicht in den Ruin führen!

Obwohl die Schweiz finanziell gut dasteht und erhebliche Überschüsse in den letzten Jahren erzielt hat, darf nicht vergessen werden, dass ein erheblicher Teil auf der Negativzinspolitik der SNB beruht. Auf den eidgenössischen Anleihen erhält der Bund Geld zurück, anstatt dass er Zins darauf bezahlen muss. Die SNB sollte sich überlegen, ob sie tatsächlich munter die Geldmenge erhöhen soll, um den Franken künstlich zu schwächen, und sie sollte wissen, dass die Negativzinsen nicht ihr, sondern den Sparern in diesem Lande gehören. Deshalb Negativzinsen in die AHV!

Motion der SVP im Nationalrat hängig

Eine Motion ist im Nationalrat zu diesem Thema hängig. Sollte diese nicht erfolgreich sein, muss man in der neuen Legislatur eine Volksinitiative starten. Gespräche dazu sind mit interessierten Kreisen bereits im Gange.

EU-Schuldenwirtschaft bedroht die Schweiz

Die Schweiz muss wachsam gegenüber der EU bleiben. Das geplante Rahmenabkommen und die dynamische Über-

nahme von EU-Recht hat im Kern eigentlich nur ein Ziel; die Plünderung des Schweizer Volksvermögens. Napoleon hat bekanntlich bei seinem Einmarsch in die Schweiz angeblich eine demokratischere Verfassung gebracht, in Tat und Wahrheit hat er aber vor allem den Berner Staatsschatz geraubt. Was damals mit kriegerischen Mitteln durch eine Grossmacht vollzogen wurde, soll heute raffinierter mit einem Rahmenabkommen vollzogen werden. Die

Zerstörung des Wohlstandes in der Schweiz zulasten der verschuldeten EU! Sei dies durch eine uneingeschränkte Zuwanderung in den Sozialstaat mittels der Unionsbürgerrichtlinie, durch erpresste Zahlungen wie die Kohäsionsmilliarde oder durch einen Schuldenschnitt.

Die Milliarden der Negativzinsen sind für die AHV zu sichern, bevor diese verloren sind!

Nationalratswahlen: Jetzt gehts um die Wurst Einladung zum grossen Wahlfest

- Christoph Blocher, alt Bundesrat
- Roger Köppel, Nationalrat/Ständeratskandidat
- Ernst Stocker, Regierungsrat
- Leonie Moser und
- Valentin Landmann, Jung und Alt ziehen am selben Strick
- Patrick Walder, Präsident SVP des Kantons Zürich
- 🥟 Mauro Tuena, Nationalrat, Präsident SVP Stadt Zürich

Zur Unterhaltung: Stadtband Blech & Schwefel, Alphornbläser, Treichler

Datum: 5. Oktober 2019 Uhrzeit: 9:30 - 14:00 Uhr Stadt Zürich, Münsterhof

Mit Andreas Thiel

Schlechtwetter-Variante: Bei Regen im Festzelt Parkhaus Urania: Uraniastrasse 3, 8001 Zürich



Und in den Ständerat: **Roger Köppel**













- Entlastung der Unternehmen –
- für mehr Wettbewerbsfähigkeit Arbeitsplätze schaffen und erhalten
- Den Jungen mit Lehr- und Arbeitsstellen eine Zukunft geben
- Arbeitsmarktchancen verbessern für über 50-Jährige
- Für eine sichere Schweiz und für unsere

www.juerg-sulser.ch Liste 1



Christoph Mörgeli

Erleuchtete Scheinheilige

Sie fordern eine «wirkungsvolle Klimapolitik». Und wollen politische Vorgaben zur Erreichung des CO₂-Emmissionsziels bereits 2030. Die Rede ist nicht von aufgewiegelten klimastreikenden Primarschülern. Sondern von 72 gestandenen Geschäftsführern von Schweizer Unternehmen. Sie haben gemeinsam einen Brief an die Ständeräte geschrieben. «Wir alle wollen einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten», beteuern sie hoch und schein-

Selbstverständlich sind unter den Absendern etliche Alternativenergie-Firmen, denen die Angstmacherei von Politikern und Journalisten direkt in die eigene Tasche wirtschaftet. Ihr Geschäftsmodell heisst Klimapanik. Sie halten sich ihre Volksvertreter im Parlament, die bei grünen Themen auf den grünen Knopf drücken, um mit Lenkungsabgaben das Geld der Bürger in ihre Kanäle zu leiten. Sie verwandeln ihre Heiligenscheine in Geldscheine. Alles fürs Klima. Die Eigennützigen spielen Gemeinnützige. Die Scheinheiligen machen auf Erleuchtete. Interessant ist die Unterschrift der Baufirma Implenia, die sich problemlos zutraut, demnächst ohne CO2-Immissionen zu bauen. Offenbar sind bei Implenia visionäre Illusionen auch ohne den Kurzzeit-Verwaltungsrat Moritz Leuenberger möglich. Unterschrieben hat auch die Schokoladenfirma Barry Callebaut, in deren Verwaltungsrat zwanzig Jahre lang Andreas Schmid sass. Schmid ist auch Verwaltungsratspräsident der Flughafen Zürich AG und der Gategroup Holding AG. Diese beiden Firmen freuen sich gewiss über die geforderten CO2-Ziele und die Verteuerung des Fliegens.

Die Migros verkaufte am 1. August aus Klimagründen teilweise kein Feuerwerk mehr. Heizöl und Brennstoffe der Marke «Migrol» lassen derweil die Kassen ungebremst weiter klingeln. Der Schwede Ingvar Kamprad war kein Klimaflüchtling. Höchstens ein Steuerflüchtling. Sein Ikea-Konzern hat Schweizer Parlamentarier aufgefordert, sich für eine etwas abgeschwächte Form der Konzernverantwortungsinitiative einzusetzen. Ikea will, dass die Firmen wegen Schäden an Umwelt und Menschenrechten zur Rechenschaft gezogen werden. Ikea war schon wegen illegaler Rodungen, Kinderarbeit und des Einsatzes von DDR-Zwangsarbeitern in den Schlagzeilen. Ihr Heiligenschein ist eher Notbeleuchtung. Wenn alle Scheinheiligen wie Öko-Birnen leuchten würden, wäre es auch um Mitternacht taghell.

SESSIONSBERICHT 3. WOCHE

Hektik vor Torschluss – das war die letzte Sessionswoche

Letzten Winter ist das CO₂-Gesetz im Nationalrat gescheitert. Zum Auftakt der dritten Herbstsessionswoche, der letzten Arbeitswoche der 50. Legislatur, befasste sich der Ständerat mit der vom Bundesrat und der vorberatenden Kommission nachgebesserten Vorlage. Die Stimmung hat sich verändert, wie die Debatte zeigte. Die FDP nahm eine wahltaktische Kurskorrektur vor, nachdem sie im Nationalrat noch zusammen mit der SVP gegen Verschärfungen gekämpft hatte.



Hans Egloff Nationalrat SVP Aesch ZH

Wie der Bundesrat beantragte die vorberatende Umweltkommission (UREK), dass die Schweiz bis 2030 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 halbiere, und das zu mindestens 60 Prozent mit Massnahmen im Inland. Die UREK hat einer Flugticketabgabe zwischen 30 und 120 Franken zugestimmt. Damit ist inzwischen auch der Nationalrat einverstanden. Eine CO2-Lenkungsabgabe auf Benzin und Diesel sahen weder der Bundesrat noch die UREK vor. Die Kommission will aber eine solche prüfen. Auch zu Mobility Pricing soll es Vorschläge geben. Der Ständerat hat ab Beginn der Beratungen des CO₂-Gesetzes Verschärfungen beschlossen. Für Altbauten soll ab 2023 ein CO2-Grenzwert gelten, wenn die Heizung ersetzt werden muss. Hausbesitzer können mit dem beschlossenen Grenzwert nur noch eine neue Ölheizung einbauen, wenn das Haus gut isoliert ist. Damit hat der Ständerat in einem umstrittenen Punkt mehr Klimaschutz durchgesetzt - gegen den Willen der Kantone und einer starken Kommissionsminderheit.

Praktisch ein Ölheizungsverbot

Der Entscheid kommt einem Ölheizungsverbot gleich. Unser Schaffhauser Fraktionskollege Hannes Germann kritisierte, dass ausgerechnet der Ständerat in die kantonalen Kompetenzen eingreife. Für den Fall, dass die Emissionen aus Gebäuden bis 2027 nicht genügend sinken sollten, will der Bundesrat ab 2029 einen landesweit einheitlichen Grenzwert für Gebäude. Die Kommission will diesen bereits jetzt festlegen. Bei der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen folgte die Kommission dem Bundesrat: Der maximale Satz soll von heute 120 auf bis zu 210 Franken stei-

Bereits in der Eintretensdebatte war deutlich geworden, dass sich seit dem Absturz des Gesetzes im Nationalrat vor neun Monaten manches verändert hat. Den «konstruktiven Zorn» der Jugend lobte der Solothurner Sozialdemokrat Roberto Zanetti ausdrücklich. Der Greta-Effekt sei bemerkenswert, stellte auch Thomas Minder (parteilos/ SH) fest – genauso bemerkenswert seien aber die politischen Pirouetten seither. Minder äusserte Zweifel, dass die klimafreundliche Stimmung in der Politik anhält. Wenig beeindruckt von Klimastreiks, Ideologien und politischen Kehrtwenden zeigten sich die Votanten unserer Fraktion. Bundesrätin Simonetta Sommaruga vertrat die Auf-

fassung, wenn man den Pro-Kopf-Ausstoss betrachte, gehöre die Schweiz zu den grössten CO₂-Emittenten.

Wiederwahlkampf um Bundesanwalt

Nach der Debatte der Vereinigten Bundesversammlung über die Abwahl oder den Verbleib von Bundesanwalt Michael Lauber und dem Wahlentscheid bleibt die ungeklärte Frage, wie ein solch wilder Wiederwahlkampf überhaupt ausbrechen konnte und was die Rückwirkungen auf die oberste Instanz der schweizerischen Strafverfolgung bedeuten. Die Mehrheit der Gerichtskommission der Bundesversammlung fand, dass Lauber seine Amtspflichten grobfahrlässig verletzt habe, weil er Treffen mit Fifa-Präsident Gianni Infantino nicht protokollierte. Lauber musste deshalb in den Fifa-Verfahren in den Ausstand treten. Darum hatte die Aufsichtsbehörde eine Disziplinaruntersuchung er-

Lauber bemängelte das als Eingriff in die Unabhängigkeit der Bundesanwaltschaft und institutionelle Krise. Es ist in der Tat auch aus SVP-Sicht bedauerlich, dass die parlamentarische Oberaufsicht über die Bundesanwaltschaft so exzessiv ausgelebt wurde, dass man sich Sorgen machen musste um die Gewaltentrennung beim Bund. Die Bundesanwaltschaft stand ja nicht

zum ersten Mal im Zentrum eines politischen Gewitters.

Laubers Vorgänger Erwin Beyeler verweigerte das Parlament 2011 die Wiederwahl. Beyelers Vorgänger Valentin Roschacher war unter Druck zurückgetreten.

Bananenrepublik oder Rechtsstaat?

Auch Kaderleute der kantonalen Strafverfolgung sorgten sich wegen des «Falls Lauber» um den Ruf der Schweiz. Fabien Gasser, Generalstaatsanwalt des Kantons Freiburg und Präsident der Schweizerischen Staatsanwälte-Konferenz (SSK), der oberste Aargauer Strafverfolger Philipp Umbricht sowie sein Basler Amtskollege Alberto Fabbri erklärten öffentlich: «Bei einer Nichtwiederwahl Laubers würde es sehr schwierig, unter erfahrenen leitenden Staatsanwälten einen Nachfolger zu finden.» Der Genfer FDP-Nationalrat Christian Lüscher sagte: «Lauber hat viel Gutes bewirkt als Bundesanwalt, namentlich in der Führung der Behörde und in der Zusammenarbeit mit den Kantonen und dem Ausland.» Das sei viel wichtiger als die Polemik um informelle Treffen, die in grossen Strafverfahren durchaus Sinn machten.

Ob die «Bewältigung» der Angelegenheit Lauber im Strudel der eidgenössischen Tagespolitik der richtige Weg ist, um starke Persönlichkeiten an der Spitze der Bundesanwaltschaft zu halten, bezweifle ich ebenfalls. Muss ein Bundesanwalt nämlich Wahlkampf betreiben, um im Amt bleiben zu dürfen, dann stellt sich die Frage nach der Legitimität der Wahlbehörde.

LINKS-GRÜNE MEHRHEIT MUSS GESTOPPT WERDEN

Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt?

Wer hat so viel Pinke-Pinke, wer hat so viel Geld? Denn dieses brauchen wir dringend, um all die Massnahmen zu finanzieren, mit denen Links-Grün das eigene schlechte Gewissen – und mit Generalvollmacht auch das der ganzen Welt – beruhigen will.



Romaine Rogenmoser Nationalratskandidatin SVP Bülach

Aber Panik ist ein schlechter Ratgeber. Früher wie heute. Nur, dass uns das «Heute» ungleich mehr betrifft - weil es direkte Auswirkungen auf unsere Zukunft hat.

Momentan findet ein regelrechtes Bashing der Transportbranche als Umweltverschmutzer Nr. 1 statt. Unter dem Deckmantel vom Klimaschutz wird so ziemlich alles in den Kantonsparlamenten und im Nationalrat durchgewinkt, toppen mit dem Vorstoss: «Internaliwas aus der links-grünen Küche kommt.

Zum Warm-Werden folgendes Beispiel: Tempo-30-Zonen auf den Hauptverkehrsachsen, ohne dass es um Lärmschutz gehen würde. Kann es auch nicht, denn einen 40-Tönner abzubremsen vor den Schikanen und dann wieder zu beschleunigen, ist ungleich lau-

ter, als den Verkehr fliessen zu lassen. Von den zusätzlichen Abgasen und höheren CO2-Emissionen ganz zu schweigen. Weshalb es beim zusätzlich anfallenden Schleichverkehr keinen Aufstand der grün gefärbten Gutmenschen gibt, ist nach wie vor schleierhaft. Was hingegen am meisten wundert: Wo bleibt der Aufschrei der Gewerbler, Autofahrer, Pendler, kurz all jener, die jeden Tag Mobilität konsumieren bzw. auf fliessenden Verkehr angewiesen sind? Das grosse Erwachen kommt nämlich nicht nur in Form von Schikanen (wie Stau), sondern sehr bald auch in Form von höheren Abgaben, Preisen, Kosten.

Das kann man natürlich noch locker sierung externer Kosten des Strassenverkehrs». Einfach erklärt: Künftig wird der Topf (Strassenfonds), der von den Verkehrsteilnehmern üppig gefüllt wurde, für alles geplündert werden können, das nicht einmal im Entferntesten mit dem Verkehr zu tun hat - so z.B. für Natur- und Heimatschutz. Auch das

kann unmöglich im Sinne des Steuer-/ Gebührenzahlers sein. Das Geld im Strassenverkehrsfonds könnte nutzenbringender und v.a. zielgerichteter eingesetzt werden für die Entwicklung von neuen, umweltschonenden Technologien in der Mobilität. Dass aber jetzt sämtliche grünen Anliegen quersubventioniert werden, die auf haarsträubende Weise noch irgendwie mit Verkehr in Verbindung gebracht werden können, ist schlicht grotesk. Dies ist die – leider erfolgreiche – Taktik der Grünen, den Strassenfonds auszubluten, damit für Strassenprojekte, Unterhalt und Innovation schlicht kein Geld mehr zur Verfügung stehen wird.

Noch nicht genug vom links-grünen Wahnsinn? Auch die Flugticketabgaben sind eine beschlossene Sache, die zwar völlig am Ziel «Klimaschutz» vorbei-

Nationalrat:

Susanne

Direkte Demokratie

dafür kämpfe ich!

Und in den Ständerat:

In den

schiesst, denn dadurch wird kein einziger Flug verhindert, kein einziger Bürger verzichtet auf seinen Flug, kein Gramm CO₂ eingespart – nur die Flugscham wird etwas grösser. Dass substanzielle Steuerzahler wie die Flughafen AG oder die SWISS erheblich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt werden, nimmt man offensichtlich zur Beruhigung des schlechten Gewissens gern in Kauf. Die Zeche bezahlen wir später, z.B. dann, wenn Personal entlassen werden muss. Der Umwelt helfen wir so aber sicher nicht. Genauso wenig wie mit dem modernen Ablasshandel der Klimazertifikate, die nur zur Beruhigung des schlechten Gewissens mit zweifelhaften Drittstaaten erfunden wurden. Weitere Beispiele würden den Bericht sprengen – genauso wie die Vorstellungskraft, was an abstrusen Vorstössen noch auf uns zukommen wird, wenn wir die links-grünen Mehrheiten an den Wahlen vom 20. Oktober nicht brechen können.



Roger Köppel



2x auf Ihre **Liste**

AUS DEM KANTONSRAT

Zum Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten des Kantons Zürich für das Jahr 2018

Sinnbildlich kann das im Kantonsrat am vergangenen Montag behandelte Geschäft wohl mit einem frustrierten Bauern mit einem Stock in der Hand vor einem Hühnerstall mit zerbrochenen Fenstern verglichen werden.



Hans-Peter Amrein Kantonsrat SVP Küsnacht

Nur handelt es sich beim Bauern um den Datenschutzbeauftragten des Kantons Zürich (DSB) und beim Hühnerstall um die zu schützenden Bürger und staatlichen Netzwerke im Kanton Zürich, viele davon mit Apple Computern und Cloudware ausgerüstet. Doch wer einen Apple Computer und oder Cloudware benutzt, ist unweigerlich auf einem – meist amerikanischen – Server zu Hause. Und wer auf einem ausländischen oder fremden Server zu Hause ist, dem muss bewusst sein, dass er im Glashaus sitzt. Gleiches betrifft das Hacken. Wer nur eine Schnittstelle mit einer fremden Plattform hat, ist den Hackern schlussendlich hilflos ausgeliefert. Und da helfen ultima ratio auch keine noch so ausgefeilten Abwehr- und Antivirenprogramme, beschäftigen doch nicht nur die Grossmächte x-Tausende oder sogar Zehntausende Mitarbeiter, welche tagein und tagaus nur eine Aufgabe haben: In fremde Netzwerke einzudringen und aus Trillionen von Daten für ihre Auftraggeber interessante

Daten und Informationen herauszufiltern. Und auch kriminelle Kartelle sind überaus aktiv. Je ein gröberer Ausreisser ist mir bei der Würdigung des Antrags der Geschäftsleitung (GL) zu diesem Geschäft und dem Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten über das Jahr 2018 ins Auge gestochen. In den Erläuterungen zum Antrag der GL zu diesem Geschäft, verfasst durch den Referenten der GL, stellt die GL fest, bei der Revision des IDG im Kanton Zürich seien materielle Änderungen vorgenommen worden, welche nicht konform seien mit der Richtline; was für welche, nennt er nicht. Doch es handelt sich nicht um eine Richtlinie, wie es uns die GL «verkaufen» will, sondern es handelt sich um eine Wegleitung der Konferenz der Kantonsregierungen (KDK) und solche Wegleitungen sind zum guten Glück in unserem Kanton noch nicht rechtsverbindlich! Beim zweiten groben Ausreisser handelt es sich um die Feststellung des DSB betreffend die Datenschutzaufsicht beim Schengen-Informations-System (SIS). Eine Stelle der EU verlange, dass die Durchsetzungsbefugnisse der Datenschutzbehörden gestärkt werden müssen. Ihnen solle das Recht verliehen werden, direkt rechtsverbindliche Entscheide zu treffen. Zu was nur schon Empfehlungen des DSB führen können, hat eine Feststellung

des DSB zu den polizeilichen Überprüfungen von Neuzuzügern im Jahre 2013 bewiesen. Die polizeiliche Überprüfung von Neuzuzügern wurde vor rund 5 Jahren im Kanton Zürich enorm erschwert, behindert oder sogar verhindert, bis dann im Jahr 2018, basierend auf einem Vorstoss des Schreibenden und von Mitunterzeichnern, die Verordnung zu einem geänderten Polizeigesetz in Kraft trat. Diese beiden Beispiele beweisen, wie wichtig es ist, dass sich der Nachfolger oder die Nachfolgerin des derzeitigen DSB, welcher 2020 in die hoch verdiente Rente geht – er hat trotz aller Kritik enorme, fast unmenschliche Aufbauarbeit geleistet – mit dem Wesentlichen befasst. Der oder die neue Datenschutzbeauftragte soll keine neuen Fenster kitten und sich, wie der derzeitige DSB, über die Herausforderungen der Datensicherheit und Clouds beschweren, wie er im Bericht doziert, sondern darauf hinweisen, dass eine Verwaltung, welche mit Apple Computern arbeitet und mit Clouds operiert, nie sicher arbeiten kann. Und Empfehlungen einer bürokratisierten EU-Behörde, welche mit einem löchrigen System arbeitet, können und dürfen nicht ernst genommen werden. Konzentration auf das Wesentliche, den Datenschutz von Bürgern und der Verwaltung, ist angesagt!

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Effizienzsteigerung für das Sozialversicherungsgericht



Benedikt Hoffmann Kantonsrat SVP Zürich Kreis 6

Am 23. September 2019 beriet der Kantonsrat über eine Änderung des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht. Hintergrund der Revision sind ein hoher Pendenzenberg und lange Verfahrensdauern. Daher ist es notwendig geworden, Massnahmen zu ergreifen, mit denen die Pendenzen gesenkt und die Prozesse beschleunigt werden können. Grösster Streitpunkt war die Vereinfachung der Möglichkeit, von den Rechtssuchenden als Prozessvoraussetzung eine Kaution zu verlangen.

Gegner der Vorlage aus dem linken Lager äusserten die Befürchtung, dass damit der Zugang zum Gericht ungebührlich erschwert werde. Für mittellose Personen steht jedoch die unentgeltliche Prozessführung zur Verfügung, die von Kautionsleistungen befreit. Ausserdem führt eine Kautionierung vor Prozessbeginn für den Rechtssuchenden nicht zu Mehrkosten. Sie werden nur vor dem Prozess, statt nach dem Prozess (wenn er verloren wird) erhoben. Dringt man mit seinem Anliegen jedoch durch, erhält man selbstredend die Kaution zurück. Die Kaution veranlasst die Rechtssuchenden jedoch, sich gut zu überlegen, ob ihr Anliegen wirklich Hand und Fuss hat, was zu einer Reduktion der Eingänge neuer Fälle und damit zur Entlastung des Gerichts füh-

NATIONALRATSKANDIDATEN STELLEN SICH VOR

LISTE 28: SVP-LISTE 55PLUS

Listenplatz 4

Fallegger Georg

Geboren am 3.6.1959



Beruf: Dr. oec. HSG, Betriebswirtschafter, Unternehmer Hobbys: Kochen, Pistolenschiessen, mein Ferienhaus im Toggenburg, Freunde, Familie Wichtigstes politisches Ziel: Erhalt unserer Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit und Eigentum in einem Staat mit möglichst wenig Bürokratie für die KMU und die Bürger

WORTE DES PRÄSIDENTEN

Ständerat brüskiert Mittelstand



Patrick Walder

Vorbei sind die Zeiten, als der Ständerat als «Chambre de réflexion» mit Vernunft und Augenmass die politischen Bocksprünge der Nationalräte zurückband. Die kleine Kammer als Vertretung der Kantone korrigierte früher mit schöner Regelmässigkeit unfreiheitliche, bürgerfeindliche und staatseher umgekehrt: Der Nationalrat muss die Ständeräte öfters vor schweren Fehlentscheiden bewahren. So hat er SVP-Fraktion nur gerade fünf Abgeordnete zählt. Der neuste Streich der tionalrat noch korrigiert wird, betrifft

die Energiepolitik. Die Standesvertreter haben entschieden, gegen die hierzulande weit verbreiteten Ölheizungen vorzugehen. Altbauten sollen ab dem Jahr 2023 einem CO₂-Grenzwert unterliegen, wenn die Heizung zu ersetzen ist. Der Grenzwert soll alle fünf Jahre noch mehr verschärft werden. Schon bald dürfen Hausbesitzer nur noch dann eine neue Ölheizung einbauen, wenn das Haus gut isoliert ist. Über die Kosten all dieser Massnahmen, die dem Klima null und nichts bringen, werden sich auch die Mieter noch wundern. Der Ständerat will aber auch das Autofahren massiv verteuinterventionistische Ideen der natio- ern. Bei der Beratung des CO₂-Gesetnalrätlichen Feuerköpfe. Heute ist es zes zeigte sich, dass eine Mehrheit einer Verteuerung von Benzin und Diesel bis zu 12 Rappen ab dem Jahr 2025 zustimmte. Ein Schlag ins Gesicht sämtimmerhin im ersten Anlauf das ver- licher ohnehin strukturschwächeren fehlte CO₂-Gesetz abgelehnt. Im Stän- Rand- und Bergregionen unseres Landerat aber rächt sich bitter, dass die des. Die selbsternannten «Urbanen» von Grün, Rot und Mitte, die mit den Finken aufs Tram schlendern können, 46 Ständeräte, der hoffentlich im Na- haben sich durchgesetzt. Der Tanktourismus wird wahre Blüten treiben. Und

ob die weniger bevorzugte, hart in der privaten Wirtschaft arbeitende Bevölkerung die massive Verteuerung ihrer Mobilität einfach protestlos hinnehmen wird, bleibt abzuwarten. Die französischen «Gelbwesten» lassen jedenfalls grüssen. Simonetta Sommaruga, mehr Umwelt- als Verkehrsministerin, schimpfte über die Treibstoffund Autoimporteure, über die Viermal-Vier-Fahrzeuge und die Autowerbung. Die SP-Frau will mit dem Ständerat den Treibstoffausstoss laufend verschärfen, selbstverständlich unter strengem Kommando der EU. Der Ständerat will nicht nur für neue Autos, Lieferwagen und leichte Sattelschlepper Vorgaben erlassen, sondern auch für schwere Lastwagen. Die kleine Kammer will analog zur Umweltverträglichkeitsprüfung auch eine «Klimaverträglichkeitsprüfung» einführen. Ob irgendetwas auch noch siedlungsverträglich, mittelstandsverträglich oder wirtschaftsverträglich ist, interessiert die Mehrheit der Damen und Herren Ständeräte nicht. Die Verstandesverträglichkeitsprüfung haben sie jedenfalls nicht bestanden.

WORTE DES FINANZDIREKTORS

Zürcher Finanzpolitik ausser Rand und Band

Die 180 Mitglieder des Zürcher Kantonsrates sind mit ihren Beschlüssen für den Staatshaushalt und insbesondere für das Budget verantwortlich. So sieht es die Kantonsverfassung vor. In letzter Zeit hat man jedoch den Eindruck, dass sich das Parlament dieser Verantwortung zu wenig bewusst ist.



Ernst Stocker Regierungsrat SVP Finanzdirektor Kanton

Die Aussichten für den Zürcher Staatshaushalt sind nicht mehr so glänzend wie auch schon. Das hat der Regierungsrat bei der Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2023 zur Kenntnis nehmen müssen. Verschiedene markante, nicht beeinflussbare Mehrausgaben, ausgelöst zum Beispiel durch das Bundesgericht, haben dazu entscheidend beigetragen. Das hat den Kantonsrat in den letzten Wochen aber nicht davon abgehalten, ohne allzu grosse Abklärung der finanziellen Folgen erhebliche neue Ausgaben zu beschliessen. So hat er – nur drei Monate vor den Budgetberatungen - entschieden, den Anteil des Kantons an den Kosten der Zusatzleistungen zu AHV/IV markant zu erhöhen und die Gemeinden so zu entlasten. Im Antrag der Kantonsratskommission waren die Kostenfolgen mit keiner einzigen Zahl erwähnt, geschweige denn, wie diese finanziert werden sollen. Vage war im Rat von 200 Millionen Franken die Rede. Weitere rund 90 Millionen Franken hatte das Kantonsparlament den Gemeinden zuvor für deren Strassen bewilligt - aus dem verschuldeten Strassenfonds. Beide Massnahmen hatte der Regierungsrat abgelehnt. Stimmen diese Zahlen, wird schon bald ein warmer Geldregen über den Gemeinden niedergehen – nach dem Giesskannenprinzip, denn von der Kostenverschiebung bei den Zusatzleistungen profitieren alle Gemeinden, also auch die reichsten, die das gar nicht nötig haben. Und das in einer Zeit, in der die meisten Gemeinden erfreulicherweise positive Abschlüsse mit hohen Er-

tragsüberschüssen verzeichnen - selbst jene, die zuvor über die zunehmenden Soziallasten geklagt hatten wie Zürich, Winterthur, Schlieren oder Dietikon. Im Kantonsrat herrscht derzeit die Haltung vor, dass es im Staatshaushalt auf ein paar hundert Millionen Franken nicht ankommt. Das ist gefährlich und wird sich über kurz oder lang rächen. Dabei wäre die Rechnung, die zur Vorsicht mahnen würde, ziemlich einfach: Der Budgetentwurf des Regierungsrates für 2020 sieht eine rote Null vor, aber über acht Jahre gesehen, steht der gesetzlich verlangte mittelfristige Ausgleich mit 295 Millionen Franken im Minus. Das kann man zwar noch als akzeptabel taxieren. Kommen aber pro Jahr rund 300 Millionen Franken hinzu, fällt der Ausgleich mit über einer Milliarde Franken ins Minus. Und das bedeutet: Der Regierungsrat wird Massnahmen ergreifen und beantragen müssen, auch unbequeme - in einer wirtschaftlich guten Zeit und ohne eigentliche Not. Es ist in meinen Augen nicht nur unverständlich, sondern auch gefährlich, den Haushalt derart leichtfertig aus dem Gleichgewicht zu kippen und den Kanton jeder Flexibilität für künftige Aufgaben zu berauben. Und es entspricht auch keiner verantwortungsvollen Finanzpolitik, einfach so locker vom Hocker riesige Summen zwischen dem Kanton und den Gemeinden zu verschieben. Dafür braucht es, wenn schon, eine fundierte Auslegeordnung und ein Monitoring. Ein Monitoring über das Geben und Nehmen, wie es derzeit auch der Bund mit den Kantonen in Angriff nimmt. Nur so sind tragfähige, gut begründete Lösungen im Interesse aller möglich. Denn letztlich wird es niemandem nützen, wenn der Kanton geschwächt wird – unser Ziel muss es vielmehr sein, starke Gemeinden und einen starken Kanton zu haben.

Einladung zum Feierabend-Apéro

- Wie stärken wir unsere Gewerbebetriebe?
- Wie will die Begrenzungsinitiative die Zuwanderung steuern?
- Wie sieht eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik aus?



Mauro Tuena Nationalrat (bisher)



Nicole

Ward-Brändli

Nationalratskandidatin

Mittwoch, 2. Oktober 2019, 18.00 Uhr **Restaurant Freihof** Dürntnerstrasse 4, 8340 Hinwil

Alle sind herzlich willkommen!



ROGER KÖPPEL SPRACH IN KLEINANDELFINGEN

Bei Kilometer 33 auf dem Wahlmarathon angelangt

In Kleinandelfingen zeigte der SVP-Ständeratskandidat Roger Köppel auf, warum er für dieses Amt kandidiert, und legte auch seine politischen Standpunkte zu den aktuellen Fragen dar.



SVP-Ständeratskandidat Roger Köppel äusserte sich sehr pointiert zu den aktuellen politischen Fragen.

RoMü. Der SVP-Ständeratskandidat Roger Köppel hat sich viel vorgenommen. Er will alle 162 Zürcher Gemeinden besuchen und hatte am vergangenen Abend vor einem beachtlichen Publikum in Kleinandelfingen seinen 127. Auftritt. «Sie sind damit auf dem Wahlmarathon bei Kilometer 33 angelangt», hielt SVP-Sektionspräsident Mike Hotz

Köppel hat diese Form für seinen Wahlkampf gewählt, weil ihn die Medien ausblenden und er nun den direkten Kontakt mit den Wählern in jeder Gemeinde sucht. Seine Kandidatur begründet er damit, dass die beiden bisherigen Zürcher Ständeräte in vielen wichtigen und zentralen Fragen wie dem Rahmenvertrag, der Klimapolitik und Zuwanderung immer gleicher Meinung sind. Bezüglich dem Rahmenvertrag warnte Köppel davor, dass

dieser die Schweiz politisch entmündigt und die EU es vor allem auf die Schweizer Beitragszahlungen abgese-



Nationalratswahlen 2019 -Kandidaten im Gespräch

«kurz» vorzustellen und bei einer Liste 1 die Vorstellungsrunde durchge- men werden muss. führt: Andreas Leupi, Saskia Meyer, Marco Hirzel, Nina Fehr Düsel, René Truninger, Romaine Rogenmoser und

Trotz grosser Konkurrenz der Cham- Jürg Sulser (auf dem Bild von rechts pions-League sind zahlreiche Interes- nach links). Den Kandidatinnen und sierte am 18. September in den Ge- Kandidaten hat es sichtlich Spass meinderatssaal in Unterengstringen gemacht, ihre Positionen zu vertregekommen, um die Nationalratskan- ten. Toll war es, dass in dieser Runde didatinnen und -kandidaten kennen- Unternehmerinnen und Unternehmer zulernen. Jede Kandidatin und jeder zu Wort kamen. Rolf Wyssling, Co-Kandidat hatte 2–3 Minuten Zeit, sich Präsident des Bezirks Dietikon und gleichzeitiger Sektionspräsident Un-Wahl nach Bern seine Positionen, die terengstringen, hat die Kandidatiner oder sie einbringen möchte, darzu- nen und Kandidaten interviewt und stellen. Begonnen wurde mit dem 3er- sie mit seinen Fragen nicht geschont. JSVP-Team aus dem Limmattal Jenni- Es war spannend zu sehen, was und fer Fischer, Sandro Strässle und Luci- wie sie darauf antworteten. Es konnano Gianola. Im Anschluss wurde te auch gelacht werden und es zeignach Listenplat von hinten mit den te sich damit, dass Politik auch mit Kandidatinnen und Kandidaten der einer grossen Portion Humor genom-

> Rochus Burtscher, Präsident SVP Dietikon



Nationalratskandidatinnen und -kandidaten der SVP Liste 1 und im **Vordergrund Junge Liste 32**

32. HERBST-PARTY IN RUSSIKON MIT VALENTIN LANDMANN

Einstehen für Sicherheit und Freiheit

Einmal mehr durfte sich die SVP Russikon über ein volles Haus freuen. Bei feinem Essen und mit zahlreichen Gästen wurde dem Wahlkampf nochmals Schwung mitgegeben, um die letzten Wochen mit voller Einsatzkraft bestreiten zu können. Gastredner war Valentin Landmann.

Hans Aeschlimann, Präsident der SVP-Sektion Russikon, begrüsste die Gäste am vergangenen Freitag nach einem feinen Apéro im in der Natur gelegenen Schützenhaus.

Nach der Begrüssung der anwesenden Nationalratskandidaten Marco Hirzel, René Truninger (Liste 1 SVP) sowie Valentin Landmann und Karl Bertschinger (Liste 55plus) eröffnete der Präsident das traditionelle Beinschinken-

Switzerland first

Kantonsrat und Bezirkspräsident Paul von Euw erklärte, wie wichtig es sei, dass alle am 20. Oktober 2019 wählen gehen. Nachdem sich Marco Hirzel und

René Truninger kurz vorgestellt hatten, gehörte die Bühne dem Referenten, Kantonsrat und Nationalratskandidat Valentin Landmann.

Der Nationalratskandidat wählte den Titel «Switzerland First – die Rettung der Welt kommt danach». Er erklärte, dass die Interessen unserer Schweizer Bürgerinnen und Bürger das Wichtigste in unserem Land sind. Dass die Konsequenzen der hohen Zuwanderung massiven Einfluss auf die Belastung der Umwelt, die Energieversorgung und auf den Verkehr haben.

Er plädierte auch dafür, in der Schweiz die Souveränität sicherzustellen. Landmann will die AHV voll funktionsfähig halten.

Freiheit und Sicherheit sind und sollen auch weiterhin das oberste Gebot

Natürlich durfte nach dem feinen Dessertbuffet das legendäre Lotto nicht fehlen. Mit viel Eifer machten die Gäste mit, um die tollen Preise zu gewinnen.

Alexandra Pfister, Uster



ZWEI-BEZIRKE-APÉRO DER SVP

Mission bürgerliches Unterland

Die beiden SVP-Bezirksparteien Bülach und Dielsdorf starteten gemeinsam den Wahlkampf fürs Zürcher Unterland mit einem öffentlichen Apéro. Die Mission: Das Zürcher Unterland soll bürgerlich im Parlament vertreten sein.



Matthias Hauser Kantonsrat SVP Hüntwangen

Rund 100 Personen erschienen am Sonntagnachmittag bei schönstem Wetter, einer kurzfristigen Bettagsreklamation sei Dank, nicht wie geplant auf dem lauschigen Höriberg, sondern in einer Turnhalle. Die SVP Höri, die am gleichen Morgen zum traditionellen Bannumgang lud, hat höchste Flexibilität bewiesen und unter dem Präsidium von Markus Löpfe mit vielen Helfern alles tipptopp vorbereitet.

Die Parteipräsidenten Stefan Schmid (Bezirk Dielsdorf) und Matthias Hauser (Bezirk Bülach) schilderten die Lage: In den beiden Bezirken leben 250000 Menschen.

Obwohl sie einerseits von der dynamischen Flughafenregion und andererseits landwirtschaftlich geprägt sind, werden sie nur von einer Nationalrätin bürgerlich vertreten, von Barbara Steinemann, SVP. Weitere zwei Nationalräte sind Sozialdemokraten. Drei weitere Sitze, die proportional zur Anzahl Bevölkerung im Zürcher Unterland derheiten: Die Verkehrsüberlastung ten: Barbara Steinemann (bisher), Jürg kandidat Roger Köppel.



Unkompliziert auf der Turnhallenbühne v.l.n.r.: Stefan Schmid, Jürg Sulser, Marco Brunner und Laura Hartmann (beide Junge SVP), Barbara Steinemann und dahinter versteckt Matthias Hauser, Georg Fallegger (55 plus), Romaine Rogenmoser, Karl Müller (Junge SVP) und Saskia Meyer.

zwischen Affoltern und dem Brüttiseller Kreuz, der Wirtschaftsmotor Flughafen, der für umliegende Gemeinden Vor- und Nachteile bringt, die dynamische Siedlungsentwicklung im Glattal, die Zuwanderung fremder Kulturen und die gesellschaftlichen Veränderungen (z.B. in der Schule), die damit zusammenhängen, die Grenznähe, der Kiesabbau und die Deponien. Das Unterland braucht eine stärkere Vertretung im Nationalrat!

Wirtschaftsfreundlich und pragmatisch

Auch um die Zukunft der ganzen Schweiz, um Freiheit und Volksrechte, geht es den Unterländer Kandidatinmöglich wären, werden von anderen enn und Kandidaten der Liste 1, die Bratwürste, sauren Most und Nussgip-Regionen besetzt. Dabei gäbe es Beson- sich mit Kurz-Statements präsentier- fel – und danach sprach Ständerats-

Sulser, Matthias Hauser, Romaine Rogenmoser, Stefan Schmid und Saskia Meyer, alle sechs politerfahren als Kantonsräte oder in Gemeinderäten und Gemeindepräsidien.

Sie vertreten die Region wirtschaftsfreundlich und pragmatisch, kennen beide Bezirke wie die eigene Hosentasche. Mit Noch-kürzer-Statements präsentierten sich im Anschluss Marco Brunner, Laura Hartmann und Karl Müller von der Jungen SVP sowie Georg Fallegger von der Liste 55plus.

Insgesamt ein starkes Team! Damit die Mission gelingt, braucht es nun die Hilfe aller Wählerinnen und Wähler, denen das Unterland am Herzen liegt.

Darauf wurde angestossen. Es gab

NATIONALRAT BRUNO WALLISER BEI DER SVP EGG

FDP verhilft SVP nur selten zur Mehrheit

Nach vier Jahren in Bundesbern weiss Nationalrat Bruno Walliser an der Mitgliederversammlung der SVP Egg Erstaunliches aus dem Ratsbetrieb zu berichten.

svp. Als Gast durfte die SVP Egg bei ihrer letzten Mitgliederversammlung Nationalrat Bruno Walliser aus Volketswil begrüssen. Seit vier Jahren darf der ehemalige Gemeindepräsident von Volketswil für die SVP im Bundeshaus Einsitz nehmen. Am Anfang seines Referates durften natürlich ein paar Worte zu Werbung mit dem Apfel und den Würmern nicht fehlen. Bruno Walliser erläuterte, dass dieses Sujet sehr genau die aktuelle Lage in der politischen Schweiz darstelle. Nur die SVP steht nämlich zu den Werten, welche die Schweiz stark und erfolgreich gemacht haben. Würde man den anderen Parteien vertrauen, dann gäbe es die Schweiz, wie wir sie kennen, bald nicht mehr. Hier muss nur das Stichum zu verdeutlichen, was gemeint ist. zu den Nationalratswahlen an.

Somit trifft die Werbung absolut ins Schwarze.

Was dann Bruno Walliser aus Bundesbern zu berichten hatte, sorgte bei den Zuhörern für Staunen und Kopfschütteln. So ist in den Medien doch andauernd die Rede von einer bürgerlichen Mehrheit im Nationalrat. Doch Tatsache ist, dass von den 915 Schlussabstimmungen in den beiden ersten Jahren der Legislatur sich nur gerade in 23 Fällen die vielzitierte Mehrheit aus SVP und FDP durchsetzen konnte.

Als Gewerbler achtet Nationalrat Walliser natürlich besonders auf die Dinge, die für unsere KMU von Bedeutung sind. Eine Flut von neuen Vorschriften und Gebühren gilt es weiterhin zu bekämpfen. Aus diesem Grund wort Rahmenvertrag erwähnt werden, tritt Bruno Walliser auch jetzt wieder



Nationalrat Bruno Walliser erzählt aus Bundesbern.

37. SVP-SCHIESSEN 2019 IN HOMBRECHTIKON

SVP-Schiessen in Hombrechtikon – ein Volltreffer

Die Bilanz des SVP-Schiessens 2019 ist äusserst positiv. Während fünf Schiesshalbtagen am 13. und vom 20. bis 22. September 2019 haben 563 Personen am Schiessen teilgenommen. Nach Jahren rückläufiger Teilnehmerzahlen scheint die Wende erreicht zu sein. Rund 8028 Patronen wurden verschossen und Dutzende Würste und jede Menge «Herdöpfelsalat» wurden vertilgt. Das Wichtigste – der Anlass konnte ohne Pannen und vor allem ohne Unfälle durchgeführt werden.

Eine straffe Organisation ist das A und O

Die SVP Hombrechtikon feiert in diesem Jahr ihr 100-jähriges Bestehen. Aus diesem Grund fand das SVP-Schiessen am vergangenen Wochenende erstmals in Hombrechtikon statt. Das Organisationskomitee, bestehend aus Mitgliedern der dortigen Ortssektion und der Schützengesellschaft, packte von Anfang an topmotiviert an. Zusammen mit 80 freiwilligen Helferinnen und Helfern, beim Zeltaufbau, im Schiessstand, im Service, bei der Parkplatzeinweisung oder am Grill, wurde den Schützinnen und Schützen ein durchwegs gefreutes Fest geboten.

Hombrechtikon der perfekte Ort für ein Schützenfest

In Schützenkreisen ist der Schiessstand Langacher bekannt dafür, dass dort gute Resultate geschossen werden. Dass dies keine leere Versprechung ist, zeigen die hervorragenden Resultate.

Die Kranzquote lag bei über 50%. Dies obschon ein grosser Teil der Teilnehmenden wenig geübte Schützen waren, viele ein Leihgewehr benötigten und gerne auf die Betreuung der erfahrenen Mitglieder der Schützengesellschaft zählten.

Mit der maximalen Punktzahl von 100 Punkten führte Roland Duft, Mollis, die Gesamtrangliste der Einzelschützen an. Myrta Bernhard, Bäretswil, folgte als beste Schützin mit 98 Punkten



Walliser im Einsatz.

SVP-Schiessen 2019



Stefan Gilgen, Präsident SG Hombrechtikon, Regierungsrat Ernst Stocker, Tumasch Mischol, OK-Präsident, Patrick Walder, Präsident SVP Kt. Zürich.

auf dem dritten Schlussrang. Der Preis für die beste Gruppe ging an die Illnauer mit Stefan Brunner, Peter Gubler, Peter Vollenweider und Jean-Michel Péclard aus Illnau-Effretikon mit 285 Pıınkten.

Mit 90 Punkten ist Martin Hübscher, Fraktionschef im Zürcher Kantonsrat, Wiesendangen, bester Kantonsparlamentarier auf Platz 126. Nationalrat Alfred Heer war überglücklich über die mit 84 Punkten geschossene erstmals in seinem Leben erreichte Kranzauszeichnung. Er führte mit diesem Resultat gleich auch die Rangliste der Bundesparlamentarier an.

Die ältesten Teilnehmer mit Jahrgang 1932 waren Adolf Fenner, Bäretswil, und Oskar Meier, Männedorf, die jüngste Teilnehmerin war Lia Allegra

Mischol, Hombrechtikon, mit Jahrgang 2009. Wo ausser beim Schiesssport messen sich Jung und Alt am gleichen Wettkampf?

Das Gesellige kommt nicht zu kurz

Jeder, der schon einmal an einem SVP-Schiessen teilgenommen hat, weiss, dass es um mehr als nur um gute Resultate geht. Das Festzelt war Treffpunkt für alle. Es wurden weniger gute Resultate schöngeredet, es wurde politisiert oder einfach über Gott und die Welt diskutiert. Feine Speisen sorgten für Gaumenfreuden.

Zwei Dutzend Nationalrätinnen und Nationalräte sowie Kandidierende aller drei Wahllisten der SVP haben die Festwirtschaft tatkräftig im Service unterstützt. Im Vorfeld haben einzelne be-

fürchtet, dass die Politiker mehr Wahl- kon, die den Heimvorteil zu nutzen kampf betreiben, als dass sie die Gäste bedienen. Dem war aber nicht so. Allesamt haben in der Festwirtschaft gekrampft und für eine einwandfreie Bedienung gesorgt.

Absenden als Höhepunkt

Nach Schiessende am Sonntagmittag war das Festzelt pumpenvoll. Die Lützelseemusikanten haben die Gäste mit ihrer schmissigen Blasmusik unterhalten. Der Schlussakt wurde mit den Dankesworten von OK-Präsident Tumasch Mischol eröffnet.

Im Anschluss wies Patrick Walder, Präsident SVP Kanton Zürich, in seinem Grusswort auf die Wichtigkeit der kommenden National- und Ständeratswahlen hin. Und Regierungsrat Ernst Stocker schloss mit seiner würdigen Festansprache den Reigen der Redner. Das Absenden führte Stefan Gilgen, Präsident der Schützengesellschaft Hombrechtikon, durch. 25 Auszeichnungen wurden vergeben, darunter Gruppenpreise, beispielsweise für die beste Frauengruppe oder die beste Familiengruppe sowie Spezialpreise für die besten Einzelschützen in verschiedenen Kategorien. Die SVP-Sektion mit der grössten Beteiligung war Hombrechti-



Die Küchenmannschaft im Einsatz (Tino Ponato, Josch Mischol).



Der Schiessstand Langacher – ein Bienenhaus.



Christoph Mörgeli und Bob-Olympiasieger Erich Schärer.

wusste.

Dankeschön!

Das 37. SVP-Schiessen in Hombrechtikon wird als toller Schiessanlass in Erinnerung bleiben. Als OK-Präsident bedanke ich mich bei den vielen Helferinnen und Helfern, welche mit ihrem Frondienst das Durchführen des SVP-Schiessens überhaupt möglich gemacht haben. Ein herzliches Dankeschön geht auch an Sponsoren, Gönner, Landbesitzer, Nachbarn und Behörden, die mit ihrem Wohlwollen den Anlass unterstützt haben. Und zuletzt sage ich danke allen 563 Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Kommen. Der Aufmarsch zeigt, dass die Schweizer Schiesstradition lebt und ist eine Wertschätzung an die SVP Hombrechtikon und die Schützengesellschaft.

Tumasch Mischol, OK-Präsident SVP-Schiessen 2019



Mit Gewehrputzen verdienen sich die Jungschützen einen Zustupf.



Nationalrat Gregor Rutz bedient die Gäste.



Kantonsrat Jürg Sulser serviert in der Festwirtschaft.



Nationalrat Alfred Heer im Service.



Ein gutes Service-Team – die Nationalratskandidaten.

Alle Resultate und weitere Fotos

Die Besten - Michelle Metz (Juniorin), Roland Duft (Gesamt), Myrta Bernhard

Die beste Gruppe des Kantons Zürich

(Frauen).

Illnauer, Illnau-Effretikon, 285 Punkte Brunner Stefan, Gubler Peter, Vollenweider Peter, Péclard Jean-Michel

Die beste Gruppe des Bezirks Affoltern Rägglihöckler, Hedingen, 265 Punkte Wetli Hans, Fisler Alois, Meili Ruedi, Spillmann Ursula

Die beste Gruppe des Bezirks Bülach Brütten, Bassersdorf, 254 Punkte Wegmann Remo, Camenzind Serge, Steinmann Tim

Die beste Gruppe des Bezirks Dielsdorf

Rägi Alpenrosen, Regensdorf, 282 Punkte Meier Roger, Meier Heinz, Hengartner Rolf, Spicher Christian

Die beste Gruppe des Bezirks Dietikon Kloster, Unterengstringen, 273 Punkte Schöpfer Franz, Signer Daniel, Theler Arthur, Christen Hanspeter

Die beste Gruppe des Bezirks Hinwil Allenberg, Bäretswil, 281 Punkte

Leinsmer Hans Rudolf

Bernhard Myrta, Bernhard Hermann, Kunz Max, Dietrich Bruno

Die beste Gruppe des Bezirks Horgen Wädischwyler Vollträfer, Wädenswil, 284 Punkte Kleiner Simon, Kleiner Martin, Suter Michael,

auf www.gutschuss.ch

Die beste Gruppe des Bezirks Meilen Hombi 1, Hombrechtikon, 275 Punkte Spoerndli Regula, Schnetzer Raffael, Eggli Hans, **Gruber Beat**

Die beste Gruppe des Bezirks Pfäffikon Illnauer, Illnau-Effretikon, 285 Punkte Brunner Stefan, Gubler Peter, Vollenweider Peter, Péclard Jean-Michel

Die beste Gruppe des Bezirks Uster Ustertag 1, Uster, 284 Punkte Hollenstein Vreni, Lutz Markus, Bolliger Heinz, **Helbling Beat**

Die beste Gruppe des Bezirks Winterthur Ticino, Winterthur, 268 Punkte Burri Stefan, Bähler Bernhard, Langhard Walter, Feuz René

Die beste Gruppe des Bezirks Zürich Schneewittli, Zürich 3, 282 Punkte Wolf Beat, Zollinger Willi, Ritter Hans, Kottler Barbara

Einzelrangliste SVP-Stich, alle Kategorien

1. Duft Roland, Mollis SG, 100 Punkte 2. Merki Michael, ZHSV-Vorstand, 99 Punkte

3. Bernhard Myrta, Bäretswil, 98 Punkte

Die Ortssektionen mit der grössten Beteiligung Hombrechtikon mit 75 Teilnehmenden

Fadegrad



Susanne Brunner

Nein zum Papi-Plausch!

Herbstsession zwei Wochen Vaterschaftsurlaub beschlossen. Dies als indirekten Gegenvorschlag zu einer Initiative, die vier Wochen «Papizeit» fordert. Was bedeutet dies konkret? Erstens, dass wir den Sozialstaat ausbauen, ohne die Bevölkerung dazu zu befragen, wenn dagegen kein Referendum ergriffen wird. Und zweitens, dass wir den Sozialstaat ad absurdum führen, wenn wir beginnen, Lifestyle-Begehrlichkeiten wie staatliche Papizeit als Sozialversicherung zu tarnen, und diese staatlich finanzieren. Wir haben IV, AHV und das Krankenkassenobligatorium eingeführt, um Not und Elend zu verhindern. Staatliche Papiferien gehören definitiv nicht in diese Kategorie! Linke Kreise überschiessen mit ihrer Gleichstellungspolitik. Sie betreiben heute geradezu eine Gleichschaltungspolitik: Gemäss ihrer Logik funktioniert dies so: Wir haben einen Mutterschaftsurlaub. also muss es auch einen Vaterschaftsurlaub geben. Diese Gleichschaltung ist völlig verfehlt. Erstens höhlt ein Vaterschaftsurlaub den Kern des Mutterschaftsurlaub aus. Dieser ist in der Verfassung verankert und gewährt Frauen, die ein Kind geboren haben, die notwendige Erholungszeit nach der körperlichen Höchstleistung von Schwangerschaft und Geburt. Zweitens verfügen alle Männer in diesem Lande bereits heute über vier oder fünf Wochen Ferien. Sie können, sofern sie die Mutter unterstützen wollen, eine oder zwei ihrer Ferienwochen in eigner Verantwortung auf den Geburtstermin ihres Kindes legen. Nun erhalten gewisse Männer zusätzliche zwei Wochen Ferien. Bezahlen müssen dies die Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch zusätzliche Lohnprozente. Alle Arbeitstätigen müssen also den Lifestyle einer Gruppe von glücklichen Bezügern bezahlen. Drittens macht der staatliche Papiplausch Männer nicht zu guten Vätern, wie die Verfechter behaupten. Ein guter Vater muss der Mann doch nicht während der zwei oder vier Gratis-Ferienwochen sein, oder während 36 oder 52 Wochen, wie die Linke bereits jetzt fordert. Vatersein ist eine Einstellungssache! Mit der Entscheidung für ein Kind gehen der Vater und die Mutter ein Engagement von mindestens 20 Jahren ein. Viertens haben wir die Sanierung der AHV, die explodierenden Gesundheitskosten oder die Pflegekosten noch nicht gelöst. Es geht nicht an, den Sozialstaat auszubauen, während diese grossen Aufgaben nicht gelöst sind. Trotzdem haben alle Parteien ausser der SVP den Vaterschaftsurlaub unterstützt. Wie ein trojanisches Pferd wird uns der Lifestyle-Anspruch einiger Männer als zwingend notwendige Sache für ein gutes Familienleben untergejubelt. In inakzeptabler Weise greifen linke Kräfte mithilfe von CVP und FDP die Säulen des Wohlstandes in unserem Land an. Dagegen müssen wir uns wehren! Ein Referendum tut not.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Rot-grüner Klimaschutz: Ein schlecht getarnter Raubzug aufs Portemonnaie der arbeitenden Bevölkerung

Im Gemeinderat der Stadt Zürich sind für die Debatte zur städtischen Klimapolitik drei Sitzungen angesetzt. Die SVP-Gemeinderatsfraktion der Stadt Zürich hat dazu drei Fraktionserklärungen verfasst.

Vordergründig geht es der rot-grünen Mehrheit in diesem Rat um den Schutz des Klimas. In Tat und Wahrheit ist der beinahe schon religiöse Hype um die vermeintliche «Klimakatastrophe» aber nichts anderes als ein mehr schlecht als recht getarnter Raubzug

In den Nationalrat Kanton Zürich 20.10.19

Jacqueline Hofer

Stadträtin der Stadt Dübendorf 2 x auf

► Kommission Justiz und öffentliche Sicherheit

Vorstand KGV Zürich, KGV-Spitzenkandidatin

► Gemeinderatspräsidentin 2015/2016

► HEV Uster / Dübendorf & Umgebung

eine gigantische Umverteilungsübung und ein Angriff auf unser marktwirtschaftliches System. Den selbsternannten Weltrettern auf der linken Seite ist es sehr wohl bewusst, dass die von ihnen propagierten Massnahmen zur Rettung des Klimas keinerlei Wirkung entfalten werden. Nichtsdestotrotz for-

dern sie mit beinahe religiöser Inbrunst, dass die Bevölkerung Busse tut, dem sündigen Leben abschwört und sich mit Ablasszertifikaten von ihren Kli-

fällig?

masünden freikauft. Dass ihre Rezepte bis tief ins Mark unsozial sind und genau diejenigen am meisten treffen werden, welche sie vorgibt, zu vertreten, nämlich die sozial Schwächeren, die Tieflohnempfänger oder die mittellosen Rentner, das ist der rot-grünen Ratsmehrheit egal – Hauptsache der Ideologie ist Genüge getan. Beispiele ge-

Der Mieter, der unter den hohen Nebenkosten ächzt, weil sich darin die stetig steigenden CO2-Abgaben niederschlagen. Das Rentnerehepaar, dessen Budget bloss für eine neue Ölheizung reicht, nicht aber für die teure Wärmepumpe, die ihm rot-grün aufzwingen will. Der Pendler aus dem hintersten «Chrachen», der keine vernünftige ÖV-Verbindung an seinen Arbeitsplatz hat und die künstlich verteuerten Treibstoffpreise zähneknirschend bezahlt, weil er nicht aufs Auto verzichten kann. Die sechsköpfige Familie aus dem Kosovo, die für ihren Flug in die zweite Heimat in den Sommerferien 500 Franken mehr bezahlen muss und sich dieses Geld vom Mund abspart.

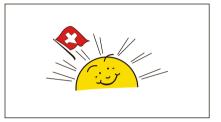
Aber diese Leute sind SP, Grünen, AL und GLP egal. Denn deren wahre Klientel wird die rot-grüne Klimakeule

kaum spüren: Der Teslafahrer mit der subventionierten Photovoltaikanlage auf dem Einfamilienhausdach.

Der «Cüplisozialist» in der Fernwärmebeheizten Genossenschaftswohnung. Der Schulpsychologe mit dem Ferienhäuschen im Tessin. Und und und.

Wir von der SVP spielen dieses durchschaubare Spiel nicht mit: Staatliche Bevormundung, Umerziehung und den Raubzug auf das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger lehnen wir konsequent ab. Deshalb:

- wer nicht mehr für Benzin und Diesel zahlen will, wählt SVP;
- wer nicht höhere Verkehrsabgaben
- zahlen will, wählt SVP; wer fürs Heizen nicht tiefer ins Porte-
- monnaie greifen will, wählt SVP; wer nicht Geld für einen Solarstrom-
- Zwang ausgeben will, wählt SVP; wer keine künstliche Erhöhung der
- Flugticket-Preise will, wählt SVP; wer kein Verbot von Ölheizungen
- will, wählt SVP; wer weniger Vorschriften, Steuern,
- Abgaben und Gebühren will, wählt



Das Parlament hat in der laufenden

Ihre Stimme

für Sicherheit

und Stabilität.

► Kantonsrätin seit 2011

www.jhofer.ch

In den Ständerat:

Roger Köppel

Verwaltungsrätin Spital Uster

auf das Portemonnaie der Bevölkerung,

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze einheimische

für stufige Waldränder, Hecken, Garten-, Bach- und Strassenbegleit-Bepflanzungen

Jungpflanzen für Weihnachtsbäume

Wildverbissund Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!



Josef Kressibucher AG Forstbaumschule 8572 Berg TG Tel. 071 636 11 90 info@kressibucher.ch www.kressibucher.ch

MEDIENMITTEILUNG

SVP Stadt Zürich zum Budget 2020: Steuern senken, jetzt!

Der Finanzvorstand als routinierter Schwarzmaler: Der Stadtrat budgetiert für das Jahr 2020 einen Ertragsüberschuss, für die Planjahre ab 2021 jedoch Defizite. Damit soll die längst überfällige Senkung des Steuerfusses abgewehrt werden. Eine Steuersenkung für natürliche Personen ist dringend angezeigt, wie wiederum rekordhohe Steuereinnahmen und die Rechnungsüberschüsse der letzten Jahre zeigen.

32,2 Millionen Franken Überschuss plant der Stadtrat für das Jahr 2020. Im Jahr zuvor betrug das budgetierte Plus 39,2 Millionen Franken, die Rechnung 2018 lieferte einen Ertragsüberschuss von 107,8 Millionen Franken ab. Auch für das laufende Jahr rechnet der Stadtrat mit positiven Zahlen: Positive Nachrichten Jahr für Jahr, negative Prognosen für die darauffolgenden Planjahre: Dieses ritualisierte Schauspiel der Zürcher Exekutive zwischen Himmel und Hölle müssen die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher seit Jahren über sich ergehen lassen. Der Finanzvorstand lässt die Forderungen

nach den längst überfälligen Steuersenkungen für die Einwohner der Stadt ebenso mechanisch wie nonchalant ins Leere laufen.

Der Aufwand steigt vor allem in den Bereichen Schule und im Gesundheitsdepartement. Im Schulbereich schlagen die hohen Schülerzahlen und der Betreuungsaufwand durch. Auch im Gesundheitsbereich wachsen die Kosten.

Das Stadtspital verbessert sich zwar auf ein Minus von 19 Millionen Franken, in der Rechnung 2017 waren es noch 45 Millionen Franken. Doch Mehraufwände in Spitex und Pflege belasten

das Budget. Der Stellenzuwachs von 451 Stellen findet mehrheitlich in diesen Bereichen statt. Doch anstatt dieses Kostenwachstum durch Masshalten in Wunschbereichen auszugleichen, wird mit der immer gleichen Begründung «der wachsenden Stadt» angeführt, dass jährliche Rekordsteuer-Einnahmen vollständig durch neue rekordhohe Ausgaben aufgezehrt werden müssen. Geradezu eine Kostenexplosion verursachen die Löhne der Verwaltungsangestellten durch individuelle Lohnmassen, bezahlten Vaterschaftsurlaub und Beiträge für die Mobilität der Angestellten. Gleichzeitig baut die

Exekutive die Stadtverwaltung zum alles umsorgenden Nanny-Apparat aus. Im derzeitigen Tiefzinsumfeld kann

sich die Stadt Investitionen günstig leisten und das Eigenkapital steigt wei-

Per 2020 beträgt es knapp unter 1,5 Milliarden Franken. Die SVP wiederholt ihre Forderung von Sommer 2019: Zürcherinnen und Zürcher sollen mit einer Steuerfuss-Senkung von 3 Prozent entlastet werden.

Das Argument des Finanzvorstandes, dass infolge der Umsetzung SV17 kein Spielraum dafür besteht, ist infolge der eingeübten Schwarzmalerei und dem hohen Eigenkapital unhaltbar. Zudem fordert die SVP den Stadtrat auf, Mass zu halten, das Kostenwachstum beim Personal zu begrenzen und städtische Nanny-Tätigkeiten einzu-

DIE SICHT DER EDU

Wie weit sind wir von Christenverfolgungen entfernt?



Hans Egli Kantonsrat EDU Steinmaur

Pastor David ist ein kanadischer Straßenprediger, der in Toronto geboren und aufgewachsen ist. Ihm wird vorgeworfen, «den Frieden zu stören», weil er das getan hat, was er und seine Kirche seit Jahren frei tun – indem er das Evangelium mit Passanten auf einem öffentlichen Bürgersteig teilt. Es ist nur so, dass diesmal einige Leute die Anwesenheit von Pastor David in «ihrer» Nachbarschaft nicht mochten.

Obwohl Pastor David in seiner Botschaft nicht über Homosexualität sprach – obwohl er absolut positiv war und sich auf die Liebe Gottes für alle Menschen

konzentrierte -, wurde er dennoch von einem pro-homosexuellen Mob ins Visier genommen, umschwärmt und angegriffen. Und als die Polizei eintraf, anstatt den Mob zu zerstreuen, die Angreifer festzunehmen und Recht und Ordnung wiederherzustellen, zogen sie das Opfer ab -Pastor David! Inzwischen wurde Pastor David vom Staatsanwalt gerichtlich angeklagt. Corine Mauch, Stadtpräsidentin von Zürich, wird nimmer müde, zu erzählen, dass sie eine Stadt für alle haben will. Stimmrecht für alle, Sans Papiers legalisieren, alle Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen, Zürich Card einführen (Stadtausweis auch für Illegale), Cannabis-Legalisierung usw. Alles Forderungen, die unseren gültigen Gesetzen wi-

Auf der anderen Seite werden den Veranstaltern des «Marsches fürs Läbe» nur Steine in den Weg gelegt. Nachdem nun der Statthalter den stadträtlichen Entscheid umgestossen hat, ging der Stadtrat vor Verwaltungsgericht. Das Verwaltungsgericht hat nun den Marsch bewilligt. Warum haben die linken Parteien, die so viel Wert auf ihre freie Meinungsäusserung legen, so wenig Sinn für die freien Meinungsäusserungen, die den ihren diametral entgegenstehen?

Noch weiter gehen die links-revolutionären JUSO. Sie organisieren am «Marsch fürs Läbe» vom 14. September eine Gegendemonstration als «Zeichen gegen Diskriminierung». Genau jene Kreise, die der EDU Intoleranz vorwerfen, stören und verhindern das Demonstrationsrecht. Heute ist es so, wenn ich den Forderungen der Homolobby nicht beipflichte, diskriminiere ich sie. Dann gelte ich als homophob. Mit diesem Gesellschaftswandel zerrinnen unsere christlichen Werte! Die Medien scheinen beschlossen zu haben, sich in die LGBT-Lobby zu begeben, die Augen vor den Tatsachen zu verschliessen

und die Rechte und Freiheiten der Christen zu missachten. Jeder einzelne Mensch in unserer Gesellschaft muss frei sein und sich frei fühlen, durch unsere öffentlichen Strassen zu gehen und mit anderen auf diesen öffentlichen Strassen zu sprechen – in jeder Nachbarschaft, in jeder Stadt – ohne die Gefahr von Körperverletzung oder Verhaftung. Wir wollen keine zukünftigen Sperrzonen für Christen sehen. In Bern braucht es nicht nur Krankenkassen- und Verbands-Lobbyisten, sondern bekennende Christen, die nicht eine fromme Gleichgültigkeit leben. Christliche Werte sind das Fundament unseres Rechtssystems und unserer demokratischen Gesellschaft. Helfen sie mit, dass das so bleibt!

Der Autor ist Präsident der EDU Kanton Zürich. Die EDU ist im Zürcher Kantonsrat Mitglied in der SVP-EDU-Fraktion. Sie startet mit einer Listenverbindung mit der SVP in die eidgenössischen Wahlen 2019.

in allen 162 Gemeinden des Kantons Zürich! Wann & Wo auf www.rogerköppel.ch



2. Oktober im Bezirk Horgen

- in **Richterswil**
- in Wädenswil mit Walter Portmann! 10 - 11 Uhr, vor dem Coop, Zugerstrasse 6
- in Horgen
- in Langnau am Albis
- in Rüschlikon
- in Adliswil
- in Kilchberg

3. Oktober

im Bezirk Affoltern

- 8.30 9.30 Uhr, vor dem Restaurant Linde, es gibt gratis Gipfeli und Kaffee
- in Wettswil am Albis
- in **Affoltern am Albis**
 - 13 14 Uhr, Bahnhofplatz 11
- in **Obfelden**
- in Mettmenstetten mit Louis Hafner!

15 – 16 Uhr, auf dem Dorfplatz



Werden Sie Mitglied in meinem Komitee: www.thomasmatter.ch



Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:



«Die aktuelle sicherheitspolitische Lage der Schweiz»

Donnerstag, 16. Mai 2019

Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus (neben dem Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Donnerstag, 3. Oktober 2019

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22 (im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn ieweils:

18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

Organisiert durch:





- in **Bonstetten** mit Claude Wuillemin!
- in **Stallikon**

20.00 Uhr, The Valley Restaurant Kemptpark 11, 8310 Kemptthal - Lindau

in **Hausen am Albis**

Thema: Stopp der Plünderung des Mittelstandes

Roger Köppel spricht

in Männedorf

in Pfäffikon

in Winkel

am Freitag, 4. Oktober 2019

19.00 Uhr, Schule Aula Blatten

am Samstag, 5. Oktober 2019

Usterstrasse 8, 8330 Pfäffikon

16.00 Uhr, Landgasthof Breiti

Seebnerstrasse 21, 8185 Winkel

am Samstag, 5. Oktober 2019

18.00 Uhr, Aula im Schulhaus Seehalde

Seefeldstrasse 8, 8155 Niederhasli

13.30 Uhr, Gasthof Hecht

Samstag, 5. Oktober 2019

in Niederhasli

Schulstrasse 15, 8708 Männedorf

Kein EU-Unterwerfungsvertrag

Ständeratskandidat

in Langnau am Albis

11.00 Uhr. Restaurant Löwen

in Laufen-Uhwiesen

am Sonntag, 29. September 2019

14.30 Uhr, Laufen am Rheinfall

Schloss Laufen, Raum Castello

am Dienstag, 1. Oktober 2019

Dorfstrasse 3, 8483 Kollbrunn

am Mittwoch, 2. Oktober 2019

am Donnerstag, 3. Oktober 2019

Aula des Primarschulhauses Gsteig Im Gsteig, 8426 Lufingen

19.30 Uhr, Restaurant Frohsinn

8447 Dachsen

in Lufingen

19.00 Uhr

in **Zell**

am Sonntag, 29. September 2019

Albisstrasse 32, 8135 Langnau am Albis

- Rot-grüne Klimadiktatur, Nein danke!
- Masslose Zuwanderung stoppen

Jedermann ist herzlich eingeladen. Mit Diskussion. Sie können alles fragen.











Achtung!

Zahle Höchst**preise** für alle Autos. Komme bei Ihnen vorbei.

Telefon 044 822 26 11





Mittwoch, 9. Oktober 2019

Bezirks-Zuchtstierenschau mit Marktcharakter und Chilbibetrieb

20. Regionaler Betriebscup und 17. Jungzüchter-Wettbewerb (für Braunvieh)

Donnerstag, 10. Oktober 2019

Grosser Vieh- und Warenmarkt mit Budenstadt

- landwirtschaftlicher Maschinenmarkt
- grösster Viehmarkt der Ostschweiz

Erweitertes ÖV-Angebot

Reisen Sie zum Warenmarkt möglichst mit dem öffentlichen Verkehr an. Prüfen Sie hierzu das ÖV-Angebot mit Halbstunden-

www.kaltbrunnermarkt.ch



Schweizer Werte bewahren. Wohlstand erhalten.

Co-Präsidium: Hans Frei, Präsident ZBV Markus Kägi, Alt-Regierungsrat Hans Hofmann, Alt-Regierungsrat und Ständerat



Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Meilen/Uetikon am See

Samstag, 5. Oktober 2019, 10.00–17.00 Uhr, Bergstrasse, Uetikon am See, Herbstmärt.

Sessionsbericht

mit NR Therese Schläpfer

Am Freitag 27.Sept. ab 18:30

Informationen direkt aus Bern

Im Restaurant Sonnenhof

Dorfstrasse 1, Hagenbuch

bei einem Feierabendbier

Bezirk Winterthur/Wiesendangen

Samstag, 5. Oktober 2019, und Sonntag, 6. Oktober 2019, an der Chilbi in Wiesendangen, Waldhüsli der SVP Wiesendangen.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 1. Oktober 2019, 19.00-20.30 Uhr, Romantik Seehotel Sonne, Seestrasse 120, Küsnacht, Podium zu den nationalen Wahlen u. a. mit Nationalrat Alfred Heer. Anschliessend Apéro. Eine Veranstaltung der Offiziersgesellschaft Zürichsee rechtes Ufer.

VERANSTALTUNGEN ZU DEN NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2019

Bezirk Affoltern/Bonstetten

Dienstag, 1. Oktober 2019, 19.30 Uhr, am Rainli 2, Bonstetten, Wahlpodium mit den Nationalratskandidaten Martin Haab, Camille Lothe (Junge SVP) und Guido Tognoni (SVP Liste 55plus).

Die Offiziersgesellschaft Zürichsee rechtes Ufer lädt ein zu einer öffentlichen Veranstaltung:

Podium zu den nationalen Wahlen

mit Fokus auf sicherheitspolitische Themen













Rosmarie Quadranti, Nationalrätin BDP I Alfred Heer, Nationalrat SVP Daniel Jositsch, Ständerat SP I Beat Walti, Nationalrat FDP Josef Wiederkehr, Kantonsrat CVP

Dienstag 1. Oktober 2019, 19:00 - 20:30, anschliessend Apéro Romantik Seehotel Sonne, Festsaal, Seestrasse 120, 8700 Küsnacht

www.ogzru.ch

Je 2x auf Ihre Liste In den Nationalrat **Paul** Konrad **Langhart** Mayer Einladung zum Wahl-Podium mit Diskussion: «Ohne Bauern Keine Schweiz!» Wann: Donnerstag, 3. Oktober 2019, ab 19.30 (Türöffnung 19.00) Wo: Weingut Wiesendanger, im Berg 3, 8475 Ossingen Mit den Nationalratskandidaten: ▶ Mit Regierungsrat: Mit Nationalrat: **Konrad Langhart Ernst Stocker** Markus Ritter Finanzdirektor Kt. Zürich Präsident sowie Martin Zuber Schweizer Bauernverband Mit Apéro und gemütlichem Beisammensein. Alle sind eingeladen! Und in den Ständerat Roger Köppel svp-bezirk-andelfingen.ch Liste1 wählen

Bezirk Andelfingen/Feuerthalen

Montag, 30. September 2019, ab 19.30 Uhr, Aula Stumpenboden, Feuerthalen, «Crossfire Podium SVP-SP» mit den Nationalratskandidaten Konrad Langhart (SVP), Paul Mayer (SVP), Mattea Meyer (SP) und Andreas Jenni (SP).

Bezirk Andelfingen/Flaach

Samstag, 28. September 2019, bis Sonntag, 29. September 2019, Flaach, «Weinländer Herbstfest 2019», mit den Nationalratskandidaten Konrad Langhart und Paul Mayer und weiteren SVP-Kandidaten des Kantons Zürich.

Bezirk Andelfingen/Ossingen

Donnerstag, 3. Oktober 2019, ab 19.30 Uhr, Weingut Hans Wiesendanger, Ossingen, «Grossanlass – Ohne Bauern keine Schweiz» mit Nationalrat Markus Ritter, Regierungsrat Ernst Stocker und den Nationalratskandidaten Konrad Langhart und Paul Mayer.

Bezirk Bülach

Donnerstag, 3. Oktober 2019, 20.00-21.30 Uhr (Apéro ab 19.30 Uhr), Landgasthof Breiti, Winkel, Podium u. a. mit Nationalrat Bruno Walliser und Nationalratskandidat Matthias Hauser. Leitung: Nationalratskandidatin Romaine Rogenmoser.

Bezirk Dielsdorf/Otelfingen

Mittwoch, 2. Oktober 2019, 18.00-20.00 Uhr, Sulser Group/Swiss Logistics Academy AG, Industriestrasse 36, Otelfingen, überparteilicher Grossanlass «Lernen Sie Ihre Spitzenkandidaten aus dem Gewerbe persönlich kennen» u. a. mit Nationalrat Alfred Heer und den Nationalratskandidaten Jürg Sulser und Stefan Schmid.

Bezirk Hinwil/Hinwil

Mittwoch, 2. Oktober 2019, 18.00 Uhr, Restaurant Freihof, Dürntnerstrasse 4, Hinwil, Feierabend-Apéro mit Nationalrat Mauro Tuena und Nationalratskandidatin Nicole Ward-Brändli.

Bezirk Meilen/Herrliberg

Samstag, 28. September 2019, 09.00-16.00 Uhr, bei der Kirche Wetzwil, Herrliberg, Viehschau & Herbstmarkt mit den Nationalräten Martin Haab und Therese Schläpfer und den Nationalratskandidaten Jürg Sulser, René Truninger, René Schweizer, Nina Fehr Düsel und Christina Zurfluh.

Bezirk Meilen/Küsnacht

Samstag, 5. Oktober 2019, 10.00–12.00 Uhr, Falkenplatz, Küsnacht, Standaktion.

Bezirk Pfäffikon/Fehraltorf

Samstag, 28. September 2019, 09.00-16.00 Uhr, auf dem Hechtplatz, Fehraltorf, Standaktion am Herbstmarkt u. a. mit Nationalrat Bruno Walliser und den Nationalratskandidaten René Truninger und Marco Hirzel.

IMPRESSUM

ISSN 1660-6701 Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Zürcher Bauer

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.- + 2,5 % MwSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@ zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. Insertionspreise: www.zbv.ch/ Zürcherbauer/inserate.aspx. AbonnementsOffizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.-; für Nichtmitglieder Fr. 58.- + 2,5 % MwSt. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Marlies Pfister, Telefon 044 217 77 61. Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. Abonnementsdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: Zürcher Bauernverband, Marco Calzimiglia, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, inserate@zuercher-bote.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Layout: cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Dienstag, 8. Oktober 2019, 19.00 Uhr, Gärtnerei Hüssy, Pfäffikon, Wahlkampf-Anlass mit Nationalrat Bruno Walliser und den Nationalratskandidaten René Truninger, Nina Fehr und Marco Hirzel.

Bezirk Uster/Mönchaltorf

Samstag, 28. September 2019, 09.00–11.00 Uhr, Mönchhofplatz, Mönchaltorf, Standaktion mit Nationalratskandidaten.

Bezirk Uster/Uster

Donnerstag, 10. Oktober 2019, 10.00–13.00

Bezirk Winterthur

Sonntag, 29. September 2019, 10.00 Uhr (Tür-

Bezirk Winterthur/Hagenbuch

Freitag, 27. September 2019, ab 18.30 Uhr, Restaurant Sonnenhof, Dorfstrasse 1, Hagenbuch, Sessionsbericht mit Nationalrätin Therese Schläpfer.

Junge SVP Kanton Zürich/

West Stadt

Centralbrücke, Zürich, Standaktion.

Marktgasse Winterthur, Standaktion.

Stadt Winterthur/Wülflingen

Samstag, 28. September 2019, 08.30-12.00 Uhr, am Lindenplatz, Winterthur-Wülflingen, Standaktion.

Stadt Zürich/Kreis 1 und 2

Samstag, 28. September 2019, 09.30-11.30 Uhr, Globus Bahnhofstrasse, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich/Kreis 3 und 9

Donnerstag, 10. Oktober 2019, 16.00 bis ca. 21.00 Uhr, Café Camping, Zentralstrasse 25, Zürich, Parlamentini-Party.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5

Samstag, 28. September 2019, 10.00–12.00 Uhr, Limmatplatz, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich/Kreis 6

Samstag, 28. September 2019, 10.30-12.00 Uhr, Schaffhauserplatz, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8

Samstag, 28. September 2019, 10.00–12.00 Uhr, Kreuzplatz, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich/Kreis 9

Samstag, 28. September 2019, 08.00-10.00 Uhr, Lindenplatz Altstetten, Zürich, Standaktion mit Nationalrat Thomas Matter.

Samstag, 28. September 2019, 09.00-11.00 Uhr, A-Park Albisrieden, Zürich, Standaktion mit Nationalrat Thomas Matter.

Stadt Zürich/Kreis 11

Samstag, 28. September 2019, 14.00–02.00 Uhr, und Sonntag, 29. September 2019, 10.00-22.00 Uhr, auf dem Buhnhügel, Zürich-Seebach, die SVP an der Seebacher Dorf-Chilbi mit den Nationalräten Alfred Heer, Gregor Rutz, Mauro Tuena und Hans-Ueli Vogt sowie den Nationalratskandidaten Susanne Brunner und Valentin Landmann (55plus).

Stadt Zürich/Kreis 12

Samstag, 28. September 2019, 09.00-12.00 Uhr, vor Migros Schwamendingen, Zürich, Standaktion.

Kanton Zürich

Samstag, 5. Oktober 2019, 09.30-14.00 Uhr, Münsterplatz, Zürich, «SVP bi de Lüt» u. a. mit alt Bundesrat Christoph Blocher, Ständeratskandidat Roger Köppel und Andreas Thiel.

Sonntag, 20. Oktober 2019, ab 13.00 Uhr, Restaurant Rössli, Kempttalstrasse 52, Illnau, Wahltreff.

SVP Schweiz

Mittwoch, 9. Oktober 2019, 19.15 Uhr (Türöffnung 18.30 Uhr), Pathé Kino Dietlikon, Moorstrasse 2, Dietlikon, Wahlkampf der Film. Sitzzahl ist auf 200 Personen limitiert. Anmeldung an gs@svp.ch oder 031 300 58 58.





Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Uhr, Gerichtsstrasse, Uster, Standaktion/ Grill mit Nationalrat Thomas Matter.

öffnung 09.30 Uhr), Restaurant Freieck, Tösstalstrasse 287, Winterthur-Seen, Podium u. a. mit Nationalrätin Therese Schläpfer.

Oberland-See

Freitag, 4. Oktober 2019, 06.00-07.00 Uhr, Bahnhof Effretikon, Standaktion.

Freitag, 11. Oktober 2019, 06.00-07.00 Uhr, Bahnhof Uster, Standaktion.

Junge SVP Kanton Zürich/

Dienstag, 1. Oktober 2019, 18.00-20.00 Uhr,

Junge SVP Kanton Zürich/ Winterthur

Samstag, 5. Oktober 2019, 13.00-16.00 Uhr,



Ja zur Umwelt, nein zur Klimahysterie

Liebe Mitbürger, macht euch ein Bild über unsere Politik am



mit Heinrich Vettiger Wetzikon

in der Blume in Fischenthal.

Unsere Nationalratskandidaten stellen sich vor!

Nicole Ward-Brändli Hinwil



René Schweizer **Fischenthal**

